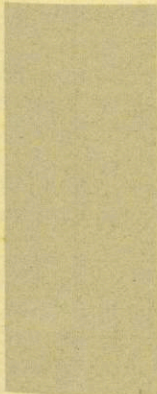


Wolfgang Schäuble:

# Europa jetzt aus der Krise herausführen



Rede des Vorsitzenden  
der CDU/CSU-Bundestags-  
fraktion in der Bundestags-  
debatte zum Rücktritt der  
EU-Kommission und zur  
„Agenda 2000“  
am 18. März 1999

Unangemessene Reaktion des  
Kanzlers. **Seite 4**

Rot-Grün schadet Europa. **Seite 4**

Zu einer klareren Abschichtung  
der EU-Aufgaben kommen. **Seite 6**

Präsidentschaft falsch eingeleitet.  
**Seite 6**

Deutsche Bauern verlieren  
Milliarden. **Seite 7**

Kofinanzierung wäre ein Einstieg.  
**Seite 8**

Begrenzung des deutschen  
Beitrags. **Seite 8**

Erhöhung der Ausgaben falscher  
Weg. **Seite 8**

Osterweiterung ist das Wichtigste.  
**Seite 9**

Die Substanz geht vor. **Seite 10**

Substanz innerhalb der europäi-  
schen Politik bewahren. **Seite 11**



Die europäische Einigung ist das wichtigste Projekt im Interesse der Deutschen am Ende dieses Jahrhunderts. Ganz Europa zu einem Kontinent der Sicherheit und des Friedens, mit wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Stabilität, in dem ökologisch nachhaltig gehandelt wird, zu entwickeln, ist das wichtigste Ziel, das wir am Ende eines Jahrhunderts mit zwei so grausamen Weltkriegen weiter vorantreiben können. Darin sind wir uns in diesem Hause ganz überwiegend einig. Da brauchen wir, Herr Bundesaußenminister, auch keine großen Ermahnungen. Die CDU und die CSU bleiben die große politische Kraft der europäischen Einigung. Das war in den letzten 50 Jahren so – Sie waren oft auf der anderen Seite –, und das wird auch in den nächsten 50 Jahren so bleiben.

Nun ist der Außenminister ja früher auch ein ziemlich lebhafter Parlamentarier gewesen. Deswegen hat er sich so verhalten, wie man sich als Regierung verhält, wenn man in ausgesprochenen Schwierigkeiten steckt: Er hat einen Popanz aufgebaut und kräftige Angriffe auf einen Pappkameraden gestartet, der in Wirklichkeit gar nicht existiert. Das war allerdings der Regierungserklärung eines Außenministers eine Woche vor dem Europäischen Rat unangemessen. Es zeigt nur die Verlegenheit, in der die Regierung sich befindet.

Ich will Ihnen auch sogleich die Frage beantworten, Herr Vizekanzler – es ist um Sie herum auf der Regierungsbank ein bißchen einsam geworden –, wenn Sie mir, da Sie mich so gefragt haben, einen Moment Ihre geschätzte Aufmerksamkeit schenken wollen.

Wir haben am Dienstag für die CDU/CSU-Fraktion eine Erklärung abge-

geben. Sie liegt schriftlich vor; ich gebe Ihnen nachher den Wortlaut noch einmal. Sie ist – das kann ich Ihnen versichern – mit den Vorsitzenden der beiden Unionsparteien wörtlich abgestimmt.

**In dieser Erklärung steht nicht ein einziges Wort von einer Verschiebung des Europäischen Rates in Berlin, nicht ein einziges Wort. Ich sage das nur, damit der Popanz klar wird und das ausgeräumt wird; dann können wir zur Sache reden.**

Ich habe mir vorsichtshalber – darum hat mich Herr Glos gebeten – von Herrn Bocklet den Wortlaut der Erklärung des bayerischen Kabinetts nach der Sitzung am 16. März – das muß der Dienstag dieser Woche gewesen sein – geben lassen. Auch in dieser Erklärung, in diesem Kabinettsbericht steht nicht ein Wort von der Verschiebung des Berliner Gipfels. Ich gebe Ihnen nachher beide Erklärungen. Herr Bundesaußenminister, nehmen Sie es einfach zurück. Sie haben die Unwahrheit gesagt, und das gehört sich nicht in einer Regierungserklärung. Ich habe die Dokumente hier. Sie können machen, was Sie wollen.

Sie haben im Schlußteil Ihrer Regierungserklärung auch Dinge gesagt, die wir unterstützen, denen wir zustimmen, was die Bedeutung der europäischen Politik, der europäischen Einigung und was die Bedeutung eines Erfolges der Agenda 2000 auch für die Osterweiterung anbetrifft. Darüber besteht doch gar kein Streit. Es geht aber nicht, hier einen Popanz aufzubauen und zu sagen, die anderen seien anderer Meinung. Deswegen muß das am Anfang ausgeräumt werden.

Nun steht dieses Europa – das ist auch wahr; darüber läßt sich doch auch in Ruhe und der Bedeutung der Sache



angemessen diskutieren – nicht nur vor einer großen Herausforderung. Ich habe übrigens von diesem Platz aus bei der europapolitischen Debatte im Dezember zum Bundeskanzler gesagt:

**Jede deutsche Regierung, jeder deutsche Bundeskanzler wird angesichts des gewaltigen Reformbedarfs im Zusammenhang mit der Agenda 2000 eine Riesenaufgabe haben. Man wird in Europa nicht alles erreichen, was wir aus nationaler Sicht für wünschenswert halten, weil man sich unter 15 einigen muß.**

Wir werden Sie nicht an Maximalforderungen messen, sondern wir werden Sie dabei unterstützen, daß man das Bestmögliche erreicht. Darüber besteht kein Streit.

## **Unangemessene Reaktion des Kanzlers**

Jetzt stehen wir in Europa aber nicht nur vor Herausforderungen mit der Agenda 2000, sondern zugleich vor einer Krise. Es war natürlich falsch, daß der Bundeskanzler am Dienstag als erste Reaktion auf den Rücktritt der Kommission der Europäischen Union gesagt hat, das sei gar keine Krise; die Kommission solle einfach geschäftsführend weitermachen und so tun, als wäre business as usual. Das war genau die falsche, unangemessene Reaktion.

Man kann jetzt nicht so tun, als ginge es einfach so weiter. Man kann bei der Kommission der Europäischen Union, die vom Europäischen Parlament zum Rücktritt gezwungen worden ist, obwohl der deutsche Ratspräsident Bundeskanzler Schröder noch im Januar versucht hat, das Parlament daran zu hindern, angesichts der

Mittelverschwendung Aufklärung im Verantwortungsbereich der Europäischen Kommission zu schaffen, nicht einfach sagen, sie bleibt geschäftsführend im Amt, und kein Mensch kümmert sich darum. Das wäre genau der falsche Weg, um die Zustimmung der Menschen für europäische Politik zu gewinnen. Deswegen ist es gut, daß Schröder diese Position wenigstens korrigiert hat.

**Die Aufgabe der Agenda 2000 ist nicht so oberflächlich, wie Sie es hier dargestellt haben. Es geht darum, die Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Union und der Institutionen der Europäischen Union so zu verbessern, daß dieses Europa der 15 in der Lage ist, die gewaltigen Herausforderungen, auch was den Beitritt neuer Länder betrifft, der in unserem Interesse ist, zu meistern.**

Das ist die Aufgabe der Agenda 2000. Das kann man doch auch nicht bestreiten. Herr Außenminister, Sie sind viel beschäftigt. Aber man legt Ihnen doch die Pressestimmen aus ganz Europa vor. Aus allen europäischen Hauptstädten haben wir doch in den letzten Wochen die Klagen gehört – ich will die Stimmen gar nicht vorlesen, aber ich schenke Ihnen eine Dokumentation –, daß unter der deutschen Präsidentschaft ausgesprochen schlecht gearbeitet worden ist, daß man ausgesprochen schlecht vorbereitet war.

## **Rot-Grün schadet Europa**

Unsere Kritik ist: Durch Ihre schlechte Arbeit schaden Sie Europa. Nach dem Rücktritt der Kommission darf die deut-



sche Präsidentschaft nicht so weiter machen wie bisher, nur damit nicht der Eindruck einer Krise entsteht. In der Krise kann auch eine Chance liegen; in ihr kann man die Tiefe des Reformbedarfs erkennen. Nach dem Rücktritt der Kommission ist die Aufgabe der deutschen Präsidentschaft, Europa aus der Krise zu führen. Je schneller dies gelingt, um so besser ist es. Wir brauchen eine neue Kommission. Natürlich ist es schwierig, darüber einen Konsens zu erzielen.

Ich will mich mit Ratschlägen zurückhalten. Trotzdem will ich eine Bemerkung machen: Wenn es gelingen sollte, den früheren italienischen Ministerpräsidenten Romano Prodi als Präsident der EU-Kommission zu gewinnen, dann sollte seine Präsidentschaft auf fünf Jahre angelegt sein. Herr Bundesaußenminister, Sie wollen doch unsere Unterstützung. Ich gebe Ihnen diese Unterstützung: Es wäre sehr gut, sich darauf zu verständigen, die Neubesetzung nach den Regelungen des Amsterdamer Vertrages durchzuführen. Am allerbesten wäre es, man würde dem zukünftigen Präsidenten die Chance geben, ein Programm für die weitere Politik der Europäischen Union vorzulegen. Wenn Sie darauf die Anstrengungen der deutschen Präsidentschaft konzentrieren, dann nutzen Sie die Krise, um die europäische Politik hinsichtlich der vor ihr liegenden Herausforderungen voranzubringen.

**Mit Blick auf die Agenda 2000 haben Sie ebenfalls einen Popanz aufgebaut. Ich verstehe, daß Sie ein bißchen von Ihrer schwierigen Lage ablenken wollen. Ihr eigentlicher Fehler ist: Sie haben im Rahmen der Agenda 2000 zu sehr an**

**der Oberfläche gearbeitet. Wenn Sie die Reform erfolgreich durchführen wollen, dann müssen Sie sozusagen tiefer pflügen.**

Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen:

- Wenn die deutsche Präsidentschaft damit beginnt, daß der Bundeskanzler öffentlich erklärt, die Hälfte des Geldes, das in Brüssel verbraten werde, stamme schließlich aus Deutschland und es müsse mit der europäischen Scheckbuchpolitik des ehemaligen Bundeskanzlers Kohl Schluß sein, dann beraubt sich der Bundeskanzler der Chancen für eine erfolgreiche Arbeit der deutschen Ratspräsidentschaft. Darüber kann Ihr dümmliches Lachen nicht hinwegtäuschen.

- Wenn Sie die Debatte in Europa um die Agenda 2000 mit der Aussage beginnen – das ist die Scheckbuchpolitik von Schröder – „Wir zahlen ein paar Milliarden DM weniger und andere ein paar Milliarden DM mehr“, dann haben Sie natürlich keine Chancen, Frankreich, Spanien und die anderen Mitgliedsländer dafür zu gewinnen, zuzustimmen, ein paar Milliarden DM mehr zu zahlen, damit Deutschland weniger bezahlen muß. So geht es nicht.

- Herr Bundesaußenminister Fischer, Sie haben in einem weiteren Punkt die Unwahrheit gesagt. Sie haben die Behauptung aufgestellt, die CDU/CSU-Fraktion und die Parteien CDU und CSU hätten eine Reduzierung der deutschen Nettozahlungen um 14 Milliarden DM zur Meßlatte erhoben. Das ist falsch. Auch Herr Stoiber hat dies nicht getan. Der Kollege Stoiber und ich sind als Vorsitzende unserer Parteien vor die Bundespressekonferenz gegangen. Wir haben dort gemeinsam eine Erklärung



vorgetragen. Sie können sie nachlesen. In dieser Erklärung wird daran erinnert – das ist wahr –, daß die deutschen Länderfinanzminister und die Ministerpräsidenten aller Bundesländer einstimmig beschlossen haben, also auch mit den Stimmen von Herrn Schröder, Herrn Lafontaine und Herrn Eichel; ich will nicht alle 16 Ministerpräsidenten aufzählen, zumal sich die Namen schneller ändern, als man sich vorstellen kann; die drei von mir Genannten sind ja nicht mehr Ministerpräsidenten –, die Entlastung müsse vierzehn Milliarden DM betragen. Wir haben nur daran erinnert, daß auch die SPD-Ministerpräsidenten diese Forderungen aufgestellt haben. Nichts anders hat Stoiber in der Bundestagsdebatte gesagt. Die CDU/CSU hat diese Zahl ausdrücklich nicht zur Meßlatte erklärt.

## Zu einer klareren Abschichtung der EU- Aufgaben kommen

Ich nenne Ihnen unsere Meßlatte – wir haben das immer gesagt, und das gilt auch eine Woche vor dem Europäischen Rat: Es muß im Rahmen der Agenda 2000 gelingen – ich sprach vorhin davon, tiefer zu pflügen –, die Subsidiarität in Europa stärker zu verwirklichen. Wir kommen in Europa nicht weiter voran – auch die Ereignisse, die zum Rücktritt der Europäischen Kommission geführt haben, unterstreichen die Richtigkeit dieser These –, wenn wir nicht zu einer klareren Abschichtung der Aufgaben kommen und neu festlegen, wofür die europäische Ebene, die Mitgliedsstaaten und die Regionen zuständig sind. Das nennt man Subsidiarität, und das ist die entscheidende

Aufgabe. Genau an diesem Punkt haben Sie während der deutschen Präsidentschaft nicht gearbeitet und keinerlei Ergebnisse erzielt. Deswegen haben Sie zu oberflächlich gearbeitet.

**Nur wenn wir hier Ergebnisse erzielen, haben wir auch die Chance, daß wir mehr Transparenz und mehr Kontrolle erreichen und daß in Europa die Gefahr geringer wird, daß es zu Mittelverschwendung und zu Korruption kommt. Deswegen ist die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips so entscheidend, und deswegen fordern wir, daß wir einen neuen Verfassungsvertrag in Europa bekommen, weil wir nur auf diese Weise die Frage beantworten können, wer was in Europa entscheidet. Nur mit mehr Subsidiarität, mit klarerer Abschichtung zwischen Europa und den Mitgliedsstaaten, ist das zu erreichen.**

Das war immer die Politik von CDU/CSU. Sie ist richtig und bleibt unsere Meßlatte für den europäischen Gipfel in Berlin. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie wenigstens kleine Schritte in diese Richtung erzielen. Wenn Sie bei der Kofinanzierung nicht 50 Prozent erreichten, würden wir Sie nicht kritisieren. Aber daß Sie sie als Prinzip ganz aufgeben, ist grundfalsch, weil die Kofinanzierung eben ein Schritt in Richtung auf mehr Subsidiarität gewesen wäre.

## Präsidentschaft falsch eingeleitet

Sie haben also die Präsidentschaft falsch eingeleitet und nichts zustande gebracht. Deswegen ist der jetzige



Stand der Vorbereitung des Berliner Gipfels nach unserer Bewertung – das sage ich jetzt auch nach Ihrer Regierungserklärung – unzureichend. Sie hätten mit den anderen Mitgliedsstaaten erfolgreicher verhandeln können, wenn Sie nicht über Milliarden hin oder her diskutiert hätten. Über die Frage, wofür Europa und wofür die Mitgliedsstaaten zuständig sind, kann man mit jeder französischen Regierung sehr intensiv, zukunftsbezogen und konstruktiv diskutieren. Nur, wenn man so albern redet, wie es Schröder gemacht hat, dann erreicht man mit Frankreich natürlich nichts.

**Es geht bei der Agenda 2000 immerhin um die Kleinigkeit von 1.400 Milliarden DM bis zum Jahre 2006. Gemessen daran, Herr Bundesaußenminister, bewerten wir das, was jetzt an Vorbereitung erreicht ist, als ungenügend. Es zeichnet sich doch nach dem jetzigen Stand ab, daß wir in Europa höhere Ausgaben bekommen, gekoppelt mit mehr Bürokratie, weniger Effizienz und weniger Leistungen für Deutschland. Das verstehen die Deutschen ganz gewiß nicht unter mehr Fairneß, was Beitragsgerechtigkeit in Europa anbetrifft.**

Ich möchte das mit wenigen Beispielen illustrieren. Natürlich ist es schwierig, in der Agrarpolitik einen Kompromiß zu erreichen. Aber die Milchpreise um 15 Prozent zu senken und gleichzeitig die Milchquoten zu erhöhen, das ist ordnungspolitisch wie markttechnisch vollkommener Unfug. Dafür kann ich Herrn Funke nicht loben. Bei Rindfleisch und Getreide die Preise zu senken und nur noch die Hälfte der Preissenkungen im Gegensatz zu bisherigen Verabredun-

gen auszugleichen, das ist auch der falsche Weg. Deswegen wäre ein Einstieg in die Kofinanzierung besser gewesen.

## Deutsche Bauern verlieren Milliarden

Nach dem jetzigen Stand müssen die deutschen Bauern bei einem Gesamteinkommen von etwa 10 Milliarden DM Einkommenseinbußen in der Größenordnung von 2 Milliarden DM hinnehmen. Das sind 20 Prozent, und darüber kann man nicht leichtfertig hinwegreden. Dann wollen Sie im Bundesrat noch eine Steuererhöhung durchziehen, die die Landwirtschaft noch einmal mit 1,5 Milliarden DM belastet. Schließlich kommen bei der Ökosteuer noch 350 Millionen DM dazu. So zerstört man die Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft.

**Ich will noch einmal sagen, warum wir in der Agrarpolitik eine bessere Aufgabenabschichtung brauchen. Wenn Preissenkungen in Europa unvermeidlich sind, dann muß man durch direkte Einkommensbeihilfen Ausgleich schaffen. Man muß der Bevölkerung im übrigen immer wieder sagen: Wir verlangen in Europa einen besseren Verbraucherschutz, als er weltweit Standard ist, ein höheres Niveau im Tierschutz, ein höheres Niveau im Umweltschutz.**

Das halten wir alle für richtig. Wenn wir der Landwirtschaft das alles auferlegen, dann müssen wir durch direkte Einkommensbeihilfen helfen, dieses höhere Niveau zu ertragen. Man kann es nicht nur zu Lasten der Landwirtschaft fordern. Deswegen ist eine Politik der Ein-



kommensbeihilfen notwendig und richtig, um dieses höhere Niveau für uns alle in unserem Lande und in Europa zu erhalten.

## Kofinanzierung wäre ein Einstieg

Diese direkten Einkommensbeihilfen kann man in Europa zwischen Lissabon und Helsinki nicht einheitlich regeln. Das wird nie gelingen. Deswegen ist die Subsidiarität, die klarere Aufgabenabschichtung der richtige Weg. Die Kofinanzierung wäre ein Einstieg. Das haben Sie ohne Not trotz der Unterstützung durch die Mehrheit aller Mitgliedsstaaten aufgegeben. Das werfen wir Ihnen vor. ...

Ich möchte gerne etwas zum Thema Subsidiarität im Zusammenhang mit Strukturpolitik und damit zum anderen wichtigen Bereich der Agenda 2000 sagen. Wir sind – das haben wir, CDU und CSU, immer gesagt, als Helmut Kohl und Theo Waigel Regierungsverantwortung getragen haben und auch in der Opposition, völlig unverändert – immer bereit gewesen, zu akzeptieren, daß die Mittel der Europäischen Union für Regionalförderung in Deutschland zurückgefahren werden.

## Begrenzung des deutschen Beitrags

Deswegen handeln wir nicht widersprüchlich, wenn wir klar eine Begrenzung des deutschen Beitrags fordern. Sie haben eine Beitragsrückführung und ein Ende der Scheckbuchdiplomatie und gleichzeitig europäische Beschäftigungsprogram-

me gefordert. Das war doch Herr Schröder und nicht die Opposition. Wir haben gesagt: Jawohl, wir sind bereit, eine Rückführung der Mittel der Regionalförderung auch für Deutschland zu akzeptieren. Aber das muß dann im Sinne der Aufgabenabschichtung mit einer größeren Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten und der Regionen für Regionalförderung verbunden werden: Regionalpolitik in eigener Verantwortung. Das ist der Punkt. Jetzt haben wir die Situation, daß die Mittel für Regionalförderung in Europa weiter erhöht werden sollen, daß sie für Deutschland überproportional zurückgeführt werden sollen.

Noch immer ist nicht geklärt, daß der Unfug aufgegeben werden soll, daß die Förderung ländlicher Räume in der Regionalpolitik in Europa kein Förderkriterium mehr sein soll. Offenbar wird noch immer daran festgehalten, daß nur noch städtische Ballungszentren gefördert werden sollen. Damit schwächen Sie den ländlichen Raum nicht nur über die Agrarpolitik, sondern auch über die Strukturpolitik. Ich sage Ihnen: Ein Teil der Stabilität Deutschlands hat gerade damit zu tun, daß wir ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ländlichen Räumen und städtischen Ballungszentren haben. Wer die Lebensfähigkeit der ländlichen Räume erhält, nützt auch den städtischen Ballungszentren.

## Erhöhung der Ausgaben falscher Weg

Was die Finanzreform anbetrifft: Wir halten – wir haben das oft gesagt; noch immer ist nicht geklärt, daß das vermieden wird – die Neuregelung der Beiträge für richtig. Wir sind einig, daß das ent-



sprechend dem Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraft ausgedrückt werden soll. Wenn das erreicht wird, macht das 7,5 Milliarden DM aus. Dafür sind Sie doch auch; das können Sie uns nicht vorwerfen. Sie haben gesagt, wir sollen Sie unterstützen. Wir treten für die Finanzreform ein, aber wir sagen zugleich: Solange nicht eine Neuregelung der Beitragsfinanzierung erreicht ist, können die Ausgaben der Europäischen Union für die jetzigen Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren nicht weiter gesteigert werden.

**Die Erhöhung der Ausgaben um 170 Milliarden DM bis 2006 für die jetzigen 15 Mitgliedstaaten ist angesichts der Riesenaufgabe der Osterweiterung der falsche Weg in die falsche Richtung. Deswegen lehnen wir das ab.**

Noch falscher ist – angesichts des Rücktritts der Kommission der Europäischen Union wird das noch unterstrichen –, daß man für die Kommission eine Effizienzreserve, quasi zur freihändigen Vergabe, einführt. Man fördert doch, wenn man in Europa nicht klarere Zuständigkeiten und Regelungen erreicht, geradezu die Mittelverschwendung, wenn man für die Kommission zur freihändigen Vergabe noch eine Effizienzreserve einführt. Deswegen halten wir das für falsch und sagen: Versuchen Sie, das auf dem Berliner Gipfel zu verhindern.

## Osterweiterung ist das Wichtigste

Wenn ich davon gesprochen habe, daß wir eine Erhöhung der Mittel der Europäischen Union für die jetzigen 15 Mitgliedsstaaten um 170 Milliarden DM

vor allem deswegen für falsch halten, weil wir uns so nicht richtig auf die Osterweiterung vorbereiten, dann will ich den Satz hinzufügen:

Die Osterweiterung ist entsprechend dem deutschen Interesse das Wichtigste. Auch darin stimmen wir überein, Herr Bundesaußenminister. Wir sind nicht in allem unterschiedlicher Meinung. Das muß auch gar nicht sein. Die Osterweiterung muß allerdings richtig und gut durchgeführt werden. Sie muß dazu beitragen – auch das will ich angesichts einer Debatte, die gestern geführt worden ist, sagen –, daß sich in diesem Prozeß alle auf diesem Kontinent wieder zusammenfinden. Das gilt auch für die deutschen Heimatvertriebenen. Der Beitritt von Polen, Tschechien und anderen osteuropäischen Staaten muß dazu führen, daß die Wunden von Krieg und Vertreibung geheilt werden.

**Deswegen ist es schlimm und falsch, daß der Bundeskanzler schon wieder in Gutsherrenart in dem Gespräch mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Zeman den Eindruck erweckt hat – Sie haben ja in den letzten Tagen verzweifelt versucht, das so zu interpretieren, daß es nicht mehr ganz so falsch erschien, wie es gewirkt hat –, man gehe jetzt großzügig über die Rechte der Vertriebenen und der Sudetendeutschen hinweg.**

Ich sage Ihnen: Keine deutsche Regierung hat das Recht, privatrechtliche Ansprüche von Vertriebenen abzulehnen. Das ist das Problem bei den Äußerungen des Bundeskanzlers. Er behandelt die Probleme ungefähr so wie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Clement das Problem des Justizmini-



sters in Nordrhein-Westfalen. Das geht schief, und es schadet unserem Land. Deswegen sage ich Ihnen: Auf diesem Wege kommen wir in Berlin nicht zu den Ergebnissen, die wir brauchen.

Ich sagte: Europa steht vor einer großen Herausforderung und steckt zugleich in der Krise. Krise und Herausforderung sind fast dasselbe; im Chinesischen haben Krise und Chance das gleiche Schriftzeichen. Deswegen bleibt die Aufgabe, Europa jetzt aus dieser Krise herauszuführen.

Daher komme ich noch einmal auf folgenden Punkt zu sprechen: Wir haben in den 90er Jahren unter der Verantwortung von Helmut Kohl und Theo Waigel das vielleicht schwierigste Projekt europäischer Politik in diesem Jahrzehnt, den Beginn der Europäischen Währungsunion, zu einem Erfolg geführt, den viele nicht für möglich gehalten haben.

Wir haben in jenen schwierigen Debatten, in denen Lafontaine, Schröder und andere jahraus, jahrein Wahlkampf und Demagogie quer durch deutsche Lande betrieben haben, immer Kurs gehalten.

## Die Substanz geht vor

Wir haben immer gesagt: Wenn es zu einem Konflikt zwischen der Einhaltung des Zeitplanes und der Einhaltung der Kriterien kommen sollte, dann wären wir eher dafür, den Zeitplan zu verschieben, als die Stabilität der Europäischen Währung aufzugeben. Das gilt auch für die Agenda 2000 – nicht mehr und nicht weniger. Die Substanz geht vor. An der Substanz müssen sich der Erfolg des

Berliner Gipfels und der Bundesregierung messen lassen.

Ich möchte noch auf die Tatsache hinweisen, daß der deutsche Bundeskanzler und Ratspräsident vor dem Berliner Gipfel in seinem reichlich gefüllten Terminkalender keine Zeit findet, mit dem deutschen Parlament über den Berliner Gipfel und den Stand der europäischen Politik zu diskutieren und hier Rede und Antwort zu stehen.

Wir haben Respekt davor, daß der deutsche Ratspräsident in dieser Woche die europäischen Hauptstädte besucht. Deswegen haben wir angeboten, die jetzige Debatte am Montag oder Dienstag der kommenden Woche zu führen. Das haben Sie abgelehnt. Wir alle haben aber Verständnis für seine jetzige Abwesenheit.

**Wir haben jedoch kein Verständnis dafür, daß ein Bundeskanzler in den Wochen vor dem europäischen Gipfel zwar Zeit findet, stundenlang in Kaschmir und sonstigen Materialien für Modezeitschriften zu posieren, aber keine Zeit dafür hat, europäische Politik vor dem Forum der Nation zu vertreten und zu erläutern. Das zeigt die Substanzlosigkeit dieses Bundeskanzlers.**

Europa – ich sagte das zu Beginn meiner Rede und will das zum Schluß wiederholen – ist das wichtigste und das beste Projekt deutscher Politik, das am Ende dieses Jahrhunderts bzw. an der Schwelle zum kommenden Jahrhundert besteht. Dieses Europa voranzubringen ist aber angesichts der Probleme eine sehr große Aufgabe.



## Substanz innerhalb der europäischen Politik bewahren

Deswegen muß man die Substanz innerhalb der europäischen Politik bewahren. Deshalb sollte man mit den Problemen so umgehen, daß sich die Menschen angesichts der europäischen Entwicklungen zu Hause fühlen. Dies gilt für die Heimatvertriebenen, die Landwirte und die Bevölkerung insgesamt, die nicht das Gefühl haben sollen, nur zu zahlen und immer weniger zu verstehen, was in Europa passiert. Behutsamkeit,

Substanz in der Sache, Klarheit im Hinblick auf die Regelungen und vielleicht auch Zurückhaltung in der Sprache – man sollte nicht von Scheckbuchdiplomatie sprechen – sind besser.

Diese Dinge kann man nicht dadurch ersetzen, daß man eine Show inszenieren läßt. Geschäftigkeit und Show reichen nicht aus. Wir werden den Erfolg des Berliner Gipfels und der deutschen EU-Präsidentschaft an der Substanz messen. Wir hoffen, daß gute Ergebnisse erzielt werden.

Darin unterstützen wir Sie. Aber wenn Sie durch Show und Geschäftigkeit von der Substanz ablenken, dann werden Sie auf unterschiedene Kritik der Opposition stoßen.



**Wolfgang Schäuble:** *Ich möchte noch auf die Tatsache hinweisen, daß der deutsche Bundeskanzler und Ratspräsident vor dem Berliner Gipfel in seinem reichlich gefüllten Terminkalender keine Zeit findet, mit dem deutschen Parlament über den Berliner Gipfel und den Stand der europäischen Politik zu diskutieren und hier Rede und Antwort zu stehen.*

*Wir haben Respekt davor, daß der deutsche Ratspräsident in dieser Woche die europäischen Hauptstädte besucht. Deswegen haben wir angeboten, die jetzige Debatte am Montag oder Dienstag der kommenden Woche zu führen. Das haben Sie abgelehnt. Wir alle haben aber Verständnis für seine jetzige Abwesenheit.*

*Wir haben jedoch kein Verständnis dafür, daß ein Bundeskanzler in den Wochen vor dem europäischen Gipfel zwar Zeit findet, stundenlang in Kaschmir und sonstigen Materialien für Modezeitschriften zu posieren, aber keine Zeit dafür hat, europäische Politik vor dem Forum der Nation zu vertreten und zu erläutern. Das zeigt die Substanzlosigkeit dieses Bundeskanzlers.*